

Die Sanitätswarte

Organ zur Vertretung der Interessen des gesamten Personals im Kranken- und Irren-Anstalten, Sanatorien, Heil-, Pflege- u. Bade-Anstalten, Massage- u. Wasserheil-Instituten, Kliniken, Seebädern usw. Beilage zur „Gewerkschaft“, Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. — Publikations-Organ des Arbeiter-Samariterbundes.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57,
Winterfeldstr. 24. — Fernsprecher: Amt VI. 6488.
Redakteur: Emil Dittmer.

Berlin,
den 10. Juni 1910.

Erscheint alle 14 Tage, Freitags.
Bezugspreis inkl. „Die Gewerkschaft“ viertel-
jährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2.— M.
Postzeitungs-Brief Nr. 5164.

Inhalt:

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers (II). — Das neue Stellenvermittlungs-Gesetz. — Das Zölibat der Irrenwärter in Nürnberg. — Das Automobil im Dienste des Krankentransports (Neuillon). — Zur Lage des Pflegepersonals in der Heil- und Pflegeanstalt Bernburg. — Aus unserer Bewegung. — Verbandsteil. — Arbeiter-Samariterbund.

Der Verbandsvorstand beruft hiermit für Freitag, den 24. Juni 1910, vormittags 9 Uhr, eine

Konferenz des Personals aller bayerischen Heil- und Pflegeanstalten
nach Regensburg, Restaurant „Thomaskeller“,
im Römling, ein.

Tages-Ordnung:

1. Das Pflegepersonal und das staatliche Gehaltsregulativ.
2. Unsere Eingabe an die Kreisregierungen bezw. an den Landtag.

Wir ersuchen die Sektionen, zu der Tagesordnung Stellung zu nehmen, um die einzelnen Vorschläge auf der Konferenz behandeln zu können.

Alle weiteren Mitteilungen, Delegation usw. betreffend, gehen den Kollegen noch auf schriftlichem Wege zu.

Die Sektionsleitung.

Die geschichtliche Entwicklung des weltlichen Krankenpflegers.

II.

Hätte sich die weltliche Krankenpflege unter den gleich günstigen Verhältnissen entwickeln können wie die religiöse, so hätten wir gleich den Ärzten schon längst einen stark entwickelten rein bürgerlichen Krankenpflegestand. So waren aber die weltlichen Pfleger fortwährenden Anfeindungen der eifersüchtigen Kirche ausgesetzt. Als nach der Reformation sich die Kirche in zwei scharf gespaltene Systeme trennte, mußten die Staaten und Städte notwendigerweise dazu übergehen, weltliche, kommunale Krankenhäuser zu gründen und darin Berufspfleger beschäftigen. Es wurden da aber seitens der Verwaltungen und Leiter der Anstalten große Fehler gemacht. Statt daß man eine systematische Heranbildung der Krankenpfleger unternommen hätte, beschränkte man sich auf die Durchführung einer kleinlichen Hausordnung, gestaltete die Arbeitsbedingungen so unfrei wie nur irgend möglich. Die eigentliche Pflege der Kranken war selten der Gegenstand der Dienstleistungen. Das damals einsetzende Zeitalter der

Aufklärung war nicht dazu geschaffen, daß es gerade die besten berufenen hätte, sich der Krankenpflege unter derartigen Umständen zu widmen. Wenn es aber trotzdem jemand tat, so wurde ihm das bald verleidet, da all seine aufopfernde, hingebende Tätigkeit als „Knechte“- und „Mägdebienst“ gewürdigt wurde.

Die etwas beiseite gestellte Kirche sah diese Entwicklung mit großem Behagen an. Durch ihre Verbände und Orden, bei denen knechtische Unterordnung die erste und Selbstbewußtsein die letzte Bedingung war, konnten sie mit Leichtigkeit die Wärter und Wärterinnen aus den Krankenhäusern vertreiben. Wo es ihnen aber nicht gelang, da hatten einmal die Verwaltung ihre erzieherische Pflicht erfüllt, zum anderen die weltlichen Pfleger es verstanden, durch treue Pflichterfüllung die Anerkennung ihrer Notwendigkeit zu erringen. Hätte sich damals der Gedanke der Organisation bei dem Personal Eingang verschafft, hätten die Verwaltungen und Leiter der Krankenhäuser ihre Pflicht in bezug auf Heranbildung eines weltlichen Krankenpflegerstandes erfüllt, das Märchen von der besseren religiösen Pflege wäre wohl niemals aufgesprochen. Das sind begangene Fehler, an denen wir heute noch schwer zu tragen haben. Gerade damals wäre ein geschlossenes Vorgehen nötig gewesen; waren es doch drei Seiten, die zu verteidigen waren: der Einfluß der Kirche, die Rückständigkeit der Verwaltungen und die aufkommende Konkurrenz der Schwesternpflege, alles Momente, die eine geschlossene Phalanx erfordert hätten. In den Jahren nach 1500 haben unsere damaligen Kollegen leider nicht ihre Pflicht erfüllt.

Der Aufschwung der ärztlichen Kunst und Wissenschaft sorgte endlich dafür, daß man der Ausbildung der Pflegepersonen mehr Beachtung schenkte. In den größeren, neu gegründeten Krankenhäusern gründete man Krankenpflegeschulen, Ärzte schrieben Unterrichtsbücher für die Krankenpfleger, kurz, es wurden die Bedingungen für eine Entwicklung der Krankenpflege auf weltlicher Grundlage geschaffen, die nur gestört wurde durch bürokratisches Festhalten der Verwaltungen an mittelalterlichen Arbeitsbedingungen und Mangel an dem Organisationsgedanken bei dem Personal.

Die Gutleuthäuser und Fröndenanstalten machten jetzt wirklichen Krankenhäusern Platz. Das humane Zeitalter schuf Anstalten, in denen man nicht mehr nur gezwungen Heilung suchte, sondern man ging jetzt lieber in ein Krankenhaus, als daß man den Verlauf der Krankheit im Hause abwartete. 1710 wurde die Charité in Berlin gegründet; ebenso entstanden im weiteren Verlauf des 18. und 19. Jahrhunderts in Dresden, Bamberg, München u. a. große Krankenhäuser. War ihre äußere Einrichtung auch nicht so prunkhaft wie vieler mittelalterlicher Spitäler, so waren aber im Innern hohe, helle, lustige Räume geschaffen, wo alles zweckmäßig und bequem zum Wohle der Kranken eingerichtet war. Diese

Wandlung in der Fürsorge und Behandlung der Kranken kam besonders bei den Geisteskranken zum Vorschein. Die „Tollkisten“ und „Narrentürme“ verschwanden und machten den Heil- und Pfleganstalten unserer Tage Platz. Die älteste und berühmteste in Deutschland ist wohl die zu Illenaue in Baden.

Das Personal in allen diesen Anstalten war wohl meist weiblich. Die wirkliche Pflege wurde von den Schwestern oder Wärterinnen ausgeübt; bei unruhigen Kranken, zu groben Arbeiten wurden die Wärter verwendet. Es ist wirklich verwunderlich, daß das Vorurteil von der besseren weiblichen Pflege so alt ist. Schon 1791 schrieb der englische Arzt Howard: „Wahr ist es, daß die weibliche Pflege Vorzüge für der männlichen hat, allein bei Wahnsinnigen, Phantasierenden usw. ist doch dieselbe nicht hinreichend.“ Man spricht immer von der lindernden Hand, der größeren Geduld des Weibes. Man gebe aber dem männlichen Pfleger Gelegenheit, alle seine Eigenschaften entfalten zu können, und es wird sich zeigen, es ist nur ein Vorurteil die Ansicht von der überlegenen weiblichen Pflege. Wo man das in der Vergangenheit tat, machte man auch diese Erfahrung.

Daß sich ein Mann nicht gern einem Weibe unterordnet, ist bekannt. Wenn sich also zur Krankenpflege getriebene Männer in den Krankenhäusern meldeten, dort aber als ein Knecht behandelt wurden, nur rohe mechanische Dienste verrichten mußten, ist es allerdings leicht erklärlich, daß die Qualität der Krankenpflege sich verminderte. Daß bei diesen mitunter eine Entgleisung vorkam, ist selbstverständlich, wenn auch bedauerlich. Das war natürlich Wasser auf die Mühlen der Verteidiger der religiösen Pflege. Mit peinlicher Genauigkeit hat z. B. 1858 ein katholischer Arzt, Leiter des Osnabrücker Krankenhauses, Dr. Bezien, alle ungünstigen Urteile über Lohnwärter gesammelt und daraufhin die Anstellung von barmherzigen Schwestern empfohlen, obwohl er zugeben muß, daß er mit den Lohnwärtern ziemlich günstige Erfahrungen gemacht habe. Er empfiehlt das religiöse Personal besonders aus dem Grunde, weil es durch den Orden im Alter versorgt werde, diese Altersversicherung aber den weltlichen Pflegern mangle. Mit großem Behagen zitiert er das Urteil eines katholischen Schriftstellers über die Zustände der Spitäler in Paris, wo man seit der Revolution die barmherzigen Schwestern vertrieben hatte. Die Stelle heißt: „Die ehemals gut bedienten Hospitäler wurden Lohnbedienten überlassen, meist ohne Sitte, Grundsätze und Gefühl; gezwungen aus Not, den Kranken zu dienen, um nicht selbst krank zu werden. Diese Krankenwärter sanken zu einem solchen Grad von Niederträchtigkeit, daß Ordonanzen gegeben werden mußten, den zum Verbinden nötigen Brantwein in Geruch und Farbe zu verändern, damit die Wärter ihn nicht austranken. Doch konnte man sie nicht gefühllos nennen, denn sie fühlten gleich, ob bei den Kranken ein Geldgürtel oder eine Uhr vorhanden sei; wo dergleichen mangelte, wurden die Kranken auf alle Weise mißhandelt, jedoch nicht immer zu ihrem Schaden; denn jenen Kranken, welche solche Erbstücke besaßen, wurde zwar auf alle Weise geschmeichelt, doch pflegten sie meist eher zu sterben, als die armen Kranken.“

Es mag ja möglich sein, daß einzelne Mißstände vorhanden gewesen sind. Wo läme dies aber nicht vor? Man merkt es aber dem Ganzen an, es kommt nur auf Verleumdung an. Ist es aber nicht eine Niederträchtigkeit sondergleichen, wenn man dem ganzen Stande derartige, jesuitisch herausgesuchte und entstellte Fehler unterschieben will!

Zu wundern braucht man sich allerdings nicht darüber, denn wenn es um die Macht der Kirche ging, hat man noch immer mit vergifteten Pfeilen geschossen. Das haben wir vor kurzem ja noch in Düsseldorf gesehen. Drehen wir aber den Spieß einmal um. Gibt's bei der religiösen Pflege keine Mißstände? Sehr wertvoll ist uns da die Schilderung eines englischen Arztes namens Howards. Diese Schilderung behandelt das Hotel-Dieu, das größte und älteste Kranken-

haus in Paris und zwar im Jahre 1789, also noch zu der Zeit, wo die barmherzigen Schwestern noch nicht vertrieben waren. Er schreibt da: „Der weiße Sommerüberzug der Betten war in schmutzig blaue Decken mit unnützen Franzen verwandelt, welche sehr geschickt waren, alles, was anstecken kann, aufzuhalten. Die Zimmer waren schmutzig und elend, und in vielen Betten lagen zwei Patienten. Denn die hiesigen Ärzte und barmherzigen Schwestern waren gegen den Luftdurchzug, sowie auch gegen das Scheuern der Zimmer.“

Noch eine Tatsache aus neuerer Zeit. Im Jahre 1895 wurde am 31. Mai ein großer Prozeß in Nachen geführt, in dem grobe Mißstände des dortigen Alexianerklosters (Irrenanstalt) festgestellt wurden. Einem Berichte („Zur Reform des Irrenrechts.“ Professor Dr. v. Kirchenheim) entnehme ich folgendes: „Die „Strafen“ beschränkten sich nicht auf Traditionen längst überlebter mechanischer Zwangsmittel in Irrenanstalten; sie fanden vielmehr ihren Höhepunkt in jenem Verfahren von überraschender Neuheit, unter denen das kalte Kopftauchbad mit geknebelten Gliedern, die kalte Strahlbühse auf den Mund, die Versekung in die von elfen Eindringen strotzende „schmutzige Station“ der Unreinlichen unter Verkleidung mit dem entsprechenden „Spottmittel“, endlich das stundenlange Anschlachten an einem Baum in der Sommerhölle als die wirkungsvollsten erscheinen. Daneben dienten Püße und Stöße, Schläge mit dem Schlüsselbunde auf dem Kopf, Niederwerfen auf den Boden und Fußtritte auf den Liegenden und ähnliches zur unmittelbaren Zurechtweisung störrischer oder auch nur unehrerbietiger Kranken. Alles dies mußte Hörer und Leser zunächst erbittern gegen ein Pflegepersonal, das von der Außenwelt als Muster aufopfernder christlicher Krankenpflege galt und das hinter den Klostermauern solche Dinge gewohnheitsmäßig beging.“

Man könnte noch eine ganze Reihe derartiger Mißstände anführen, wenn man verallgemeinern wollte. Das liegt uns aber fern. Trotz aller dieser Anfeindungen hat sich die weltliche Krankenpflege doch entwickelt. Sie mußte sich entwickeln, da sie eine geschichtliche Notwendigkeit war. Wenn auch bis in die Jahre 1870–1880 sie niemals sich voll und ganz betätigen konnte, ihren endlichen Sieg konnte weder die Kirche noch eine rückständige Verwaltungsmaaschinerie aufhalten. Noch immer sind wirtschaftliche Umwälzungen stärker gewesen als der Wille der Kultursünde.

Abgesondert von dem eigentlichen Pflegepersonal entwickelte sich im Mittelalter ein Stand, aus dem sich nach vielerlei Wandlungen unsere heutigen Heilgehilfen entwickelten. Das waren die Bader. Aus dem Orient brachten die Kreuzzügler die Gewohnheit des warmen Badens mit. Das konnte sich um so schneller verbreiten, als dadurch der gleichfalls mitgebrachte Ausfall geheilt werden sollte. Fast in jedem Orte Deutschlands, auch dem kleinsten Dorfe, wurden öffentliche Badstuben angelegt. In Breslau waren z. B. 12, in Frankfurt a. M. 15, in Wien 24. Die Bader massierten die Besucher, ließen zur Ader, setzten Schröpföpfe, machten Verbände usw. Sie bildeten eine eigene Zunft und waren oft in die sozialen Kämpfe des 14. und 15. Jahrhunderts verwickelt. Mit dem Aufkommen der Syphilis, mit dem Feuerwerden des Brennholzes verschwanden gegen 1600 die Badstuben. Die Bader wurden teils Gehilfen der Ärzte, teils Ausrufschreier. In diesen mittelalterlichen Bädern können wir sowohl die Vorläufer unserer heutigen „Bademmeister und Masseure“ als auch der „Heilgehilfen“ und „Privatkrankenpfleger“ suchen. Und an ihren Zünften können wir den notwendigen Organisationsgedanken erkennen, der unseren damaligen Kollegen vom Krankenpflegesach mangelte und doch so nötig war und noch ist.

—14.

Fat
Reichsta
lungsgel
achtens
politisch
kommen
dah un
grundleg
hat man
meine d
in diese
wenigen
teien sic
sowie vo
durchgeh
Bat man
mission
treter de
allein, d
war.

Wol
in gewiss
Ausbeut
Uebellstän
Deutschl
auch no
greisende
stark ber
hat selbst
richteten
Kontroll
in der A
gierung.
lung kön
anderen
ergibt fü
gen Siga
bleiben u
gebnis de
Stellungs
gehenden
die Gese

Das
haben bi
Stellende
arbeit al
graphen
licher Ra
werk dar
mungen
Weise ei
bringen,
ren Ritg
Umgehu
durch wa
beben für

Jur
der Text

Ne
(Nach

§ 1.
werbsmä
betreibt,
sich zu d
besondere

§ 2.
will, bed
behorde

Die
1. T
suchenden
auf seine
2. ei
Bedürfni
Ort oder
nütziger
Bei
in denen

Das neue Stellenvermittlungsgesetz.

Hatten wir am Schlusse unserer Betrachtungen über den dem Reichstage zugegangenen Entwurf des neuen Stellenvermittlungsgesetzes die Vermutung ausgesprochen, daß unseres Erachtens nach der von vornherein gegebenen Stellungnahme der politischen Parteien zum Entwurf nicht allzu viel Gutes herauskommen würde, so beweisen die nunmehr vorliegenden Beschlüsse, daß unsere Voraussetzungen voll eingetroffen sind. Von jeder grundlegenden Aenderung in der Arbeitsnachweisvermittlung hat man Abstand genommen. Die Ansicht der Regierung: „allgemeine öffentliche Arbeitsnachweise einzuführen, sei verfrüht“, hat in diesem Falle wieder einmal den Sieg davon getragen, und mit wenigen Ausnahmen haben alle Vertreter der bürgerlichen Parteien sich dieser Auffassung angeschlossen. Selbst die von uns sowie von vielen anderen Korporationen eingereichten Petitionen, die durchgehend alle eine grundlegende Aenderung in der Stellenvermittlung beantragten, fanden bei den Beratungen in der Kommission nur zu einem geringen Teil Berücksichtigung. Die Vertreter der sozialdemokratischen Partei waren es fast ausnahmslos allein, denen an weitgehendster Aenderung des Entwurfs gelegen war.

Wohl soll nicht verkannt werden, daß durch das neue Gesetz in gewissem Sinne der den Stellungslosen gegenüber betriebenen Ausbeutung Einhalt getan wird. Aber alle von uns erwähnten Uebelstände sind noch keineswegs beseitigt, und nach dem in Deutschland bei allen Sozialreformen langsamen Tempo kann auch noch jahrelang darauf gewartet werden, bis eine durchgreifende Aenderung auf diesem, die gesamte Arbeiterschaft äußerlich fast berührendem Gebiete eintreten wird. Das Arbeitgebertum hat selbstredend ein besonderes Interesse daran, die von ihm erzielten Nachteile zu erhalten, um so mehr, da solche sich nur als Kontrollbureau alias Maßregelungsstätten erweisen. Die schon in der Begründung zum Entwurf gegebene Erklärung der Regierung, die Ausschaltung der gewerbmäßigen Stellenvermittlung könne erst dann in Frage kommen, wenn alle Versuche, auf anderen Wegen den Missetänden zu begegnen, gescheitert sind, ergibt für uns ohne weiteres die Bedeutung, daß unter der jetzigen Signatur unsere Wünsche noch geraume Zeit nur Illusionen bleiben werden. Wir haben uns deshalb vorläufig mit dem Ergebnis der Beratungen abzufinden, ohne indessen irgendwie unsere Stellungnahme zu der ganzen Materie zu ändern. Unsere weitergehenden Forderungen werden wir zu gegebener Zeit wieder an die Gesetzgebung leiten.

Das neue Gesetz, das immerhin verschiedene wertvolle Handhaben bietet, um der Ausbeutung in der gewerbmäßigen Stellenvermittlung Einhalt zu tun, bedingt nunmehr der Mitarbeit aller, um die Durchführung der einzelnen Gesetzesparagraphen im Sinne der Gesetzgeber zu ermöglichen. In unermüdlicher Nachforschung haben speziell unsere Mitglieder ihr Augenmerk darauf zu richten, daß keine Uebertretungen der Bestimmungen stattfinden und vorkommendenfalls in unnaheöstlicher Weise einem solchen Vermittler gegenüber in Anwendung zu bringen, was auf Grund des Gesetzes festgelegt worden ist. Unseren Mitgliedern erwächst außerdem noch die Pflicht, uns von allen Umgehungen Mitteilung zu machen, damit wir zu gegebener Zeit durch wohlbegründete Eingaben wieder unsere Forderungen erheben können.

Zur Orientierung für unsere Mitglieder folgt nachstehend der Text des neuen

Reichs-Stellenvermittlungsgesetzes:

(Nach den Beschlüssen des Reichstages vom 4. Mai 1910.)

§ 1. Stellenvermittler im Sinne dieses Gesetzes ist, wer gewerbmäßig 1. die Vermittlung eines Vertrages über eine Stelle betreibt, 2. Gelegenheit zur Erlangung einer Stelle nachweist und sich zu diesem Zwecke mit Arbeitgebern oder Arbeitnehmern in besondere Beziehungen setzt.

§ 2. Wer das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreiben will, bedarf dazu einer Erlaubnis der von der Landeszentralbehörde bezeichneten Behörde.

Die Erlaubnis ist zu verweigern, wenn

1. Tatsachen vorliegen, welche die Unzuverlässigkeit des Nachsuchenden in bezug auf den beabsichtigten Gewerbebetrieb oder auf seine persönlichen Verhältnisse dartun;

2. ein Bedürfnis nach Stellenvermittlern nicht vorliegt. Ein Bedürfnis ist insbesondere nicht anzuerkennen, soweit für den Ort oder den wirtschaftlichen Bezirk ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis in ausreichendem Umfange besteht.

Bei Erteilung der Erlaubnis sind die Verufe zu bezeichnen, in denen die Vermittlung von Stellen stattfinden darf.

§ 3. Wer das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreibt, darf Gastwirtschaft, Schankwirtschaft, Kleinhandel mit geistigen Getränken, gewerbmäßige Vermietung von Wohn- oder Schlafstellen, Handel mit Kleidungs-, Gebrauchs-, Genuß- oder Verzehrungsgegenständen oder mit Lotterielosen, das Barbier- oder Friseur-gewerbe, das Geschäft eines Geldwechslers, Pfandleihers oder Pfandvermittlers weder selbst noch durch andere betreiben.

Der Stellenvermittler darf mit anderen Gewerbetreibenden der im Abs. 1 bezeichneten Art nicht so in Geschäftsverbindung treten, daß er sich für die Ausübung seiner Tätigkeit von ihnen Vergütungen irgendwelcher Art gewähren oder versprechen läßt. Diese Vorschrift gilt nicht, wenn die Tätigkeit des Stellenvermittlers für den eigenen Betrieb des Gewerbetreibenden in Anspruch genommen wird.

Wer das Gewerbe eines Stellenvermittlers betreibt, darf diese Tätigkeit nicht zu Anpreisungen für andere eigene oder fremde Gewerbebetriebe benutzen. Der Stellenvermittler darf den Stellensuchenden nicht verpflichten oder anhalten, aus seinem oder einem von ihm bezeichneten Gewerbebetriebe oder Handels-geschäft Waren zu entnehmen. Der Stellenvermittler darf zu dem Arbeitgeber in keinem Dienst- oder Abhängigkeitsverhältnis stehen.

§ 3a. Verträge, durch die sich ein Arbeitnehmer oder Arbeitgeber verpflichtet, sich auch in späteren Fällen der Mitwirkung eines bestimmten gewerbmäßigen Stellenvermittlers zu bedienen, sind nichtig.

§ 4. Für die den Stellenvermittlern zulommenden Gebühren werden von der Landeszentralbehörde oder den von ihr bezeichneten Behörden nach Anhören des Trägers des öffentlichen Arbeitsnachweises, von Vertretern der Stellenvermittler, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer Taxen festgesetzt. Eine Gebühr darf nur erhoben werden, wenn der Vertrag infolge der Tätigkeit des Vermittlers zustande kommt. Haben beide Teile diese Tätigkeit in Anspruch genommen, so ist die Gebühr von dem Arbeitgeber und dem Arbeitnehmer je zur Hälfte zu zahlen; eine entgegengesetzte Vereinbarung zugunsten des Arbeitnehmers ist nichtig. Neben den Gebühren dürfen Vergütungen anderer Art nicht erhoben werden. Die Erstattung barer Auslagen darf nur insoweit gefordert werden, als sie auf Verlangen und nach Vereinbarung mit dem Auftraggeber verwendet und als notwendig hinreichend nachgewiesen sind. Die Stellenvermittler sind verpflichtet, dem Stellensuchenden vor Abschluß des Vermittlungsgeschäfts die für ihn zur Anwendung kommende Taxe mitzuteilen. Die Taxe ist in den Geschäftsräumen an einer in die Augen fallenden Stelle anzuschlagen. Die Vorschriften des Abs. 2 gelten nicht für die Herausgabe von Stellen- und Balanzlisten.

§ 4a. Die Stellenvermittler dürfen Dienstbücher (Gesindebücher), Arbeitsbücher, Zeugnisse, Ausweis-papiere und sonstige Gegenstände, die aus Anlaß der Stellenvermittlung in ihren Besitz gelangt sind, gegen den Willen des Eigentümers nicht zurückhalten, insbesondere an solchen Gegenständen ein Zurückbehaltungs- oder Pfandrecht nicht ausüben.

§ 4b. Stellenvermittler, welche für weibliche Personen Stellen im Auslande vermitteln, haben ein Verzeichnis der Namen dieser Personen und der denselben vermittelten Stellen der für ihren Gewerbebetrieb zuständigen Polizeibehörde nach näherer Anordnung regelmäßig vorzulegen.

§ 5. Die Landeszentralbehörde kann weitere Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Geschäftsbetrieb des Stellenvermittlers erlassen.

§ 6. Die Erlaubnis zum Gewerbebetriebe des Stellenvermittlers ist zurückzunehmen, wenn sich aus Handlungen oder Unterlassungen des Stellenvermittlers dessen Unzuverlässigkeit in bezug auf den Gewerbebetrieb oder seine persönlichen Verhältnisse ergibt. Unter der gleichen Voraussetzung ist der Gewerbebetrieb Stellenvermittlern, die ihn vor dem 1. Oktober 1900 begonnen haben, zu untersagen. Die Untersagung wirkt für das ganze Gebiet des Reiches. Die Unzuverlässigkeit ist stets anzunehmen, wenn der Stellenvermittler wiederholt bestraft ist, weil er die festgesetzte Gebührentaxe überschritten oder sich außer den tagmäßigen Gebühren Vergütungen anderer Art von dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber hat gewähren oder versprechen lassen oder weil er dem Verbote der §§ 3, 4, Abs. 1, Riff. 4, zuwidergehandelt hat. Der Träger des öffentlichen Arbeitsnachweises ist berechtigt, selbstständig Antrag auf Entziehung der Erlaubnis zu stellen.

§ 7. Der Bescheid, durch den die Erlaubnis versagt oder zurückgenommen oder der Gewerbebetrieb untersagt wird, kann im Wege des Verwaltungsstreitverfahrens angefochten werden; wo ein solches nicht besteht, gelten die §§ 20, 21 der Gewerbeordnung.

§ 8. Ein Abdruck dieses Gesetzes muß auf jedem deutschen Handelskreuzschiff im Vollslogis zur jederzeitigen Einsicht der Schiffleute vorhanden sein.

§ 9. Mit Geldstrafe bis zu 800 Mk. oder mit Haft wird bestraft ein Stellenvermittler, der

1. den Gewerbebetrieb ohne die vorgeschriebene Erlaubnis unternimmt oder fortsetzt;

2. einen nach § 3, Abs. 1, ihm verbotenen Gewerbebetrieb unternimmt oder fortsetzt, oder der sich von Gewerbetreibenden der dort bezeichneten Art für die Ausübung seiner Tätigkeit ver-

botene Vergütungen irgendwelcher Art gewähren oder versprechen läßt;

2a. seine Tätigkeit zu Anpreisungen für eigene oder fremde Gewerbebetriebe benutzt oder den Stellensuchenden verpflichtet oder anhält, aus seinem oder einem von ihm bezeichneten Gewerbebetriebe oder Handelsgeschäft Waren zu entnehmen;

2. die amtlich festgesetzte Tage überschreitet oder sich außer den tagmäßigen Gebühren Vergütungen anderer Art von dem Arbeitnehmer oder dem Arbeitgeber gewähren oder versprechen läßt (§ 4, Abs. 1-3);

4. es unternimmt, einen Arbeitnehmer zum Bruch eines eingegangenen Arbeitsvertrages zu verleiten.

Die gleiche Strafe trifft Gewerbetreibende der im § 3, Abs. 1. bezeichneten Art, die es unternehmen, einen Stellenvermittler durch Gewährung oder Versprechung von Vergütungen irgendwelcher Art zu einer den Interessen des Arbeitnehmers widerstrebenden Ausübung der Vermittlerstätigkeit zu bestimmen.

War der Täter wegen der im Abs. 1. 2 bezeichneten Zuwiderhandlung rechtskräftig verurteilt worden und begeht er innerhalb 5 Jahren wiederum eine solche Zuwiderhandlung, so wird er mit Geldstrafe von 100-800 Mk. oder mit Haft bestraft.

§ 10. Mit Geldstrafe bis zu 160 Mk. oder mit Haft wird bestraft:

1. ein Stellenvermittler, der den Vorschriften des § 4, Abs. 4. der §§ 4a, 4b oder den im § 5 bezeichneten Bestimmungen zuwiderhandelt;

2. ein Stellenvermittler oder ein Gewerbetreibender, der der im § 3, Abs. 1. bezeichneten Art, der im Inland den von einer zuständigen Behörde erlassenen Bestimmungen zur Verhinderung des vorzeitigen Betretens einlaufender Schiffe und des Anbordbringens von geistigen Getränken zuwiderhandelt;

3. ein Kapitän, der im Inland den Bestimmungen einer zuständigen Behörde, im Ausland den Anordnungen eines Seemannsamts zuwider Stellenvermittler oder Gewerbetreibende der im § 3, Abs. 1. bezeichneten Art an Bord läßt oder an Bord duldet;

4. ein Kapitän, der es unterläßt, dafür zu sorgen, daß ein Abdruck dieses Gesetzes im Volkslogis zugänglich ist (§ 8).

In den Fällen des Abs. 1. Nr. 3, 4. sind im Ausland für die Festsetzung der Strafe und für das weitere Verfahren die Vorschriften der §§ 5, 122-125 der Seemannsordnung anzuwenden.

§ 11. Auf den Gewerbebetrieb des Stellenvermittlers finden die Vorschriften der Gewerbeordnung insoweit Anwendung, als nicht in diesem Gesetze besondere Bestimmungen getroffen sind.

§ 12. Die Landeszentralbehörde kann bestimmen, inwieweit die Vorschriften der §§ 3, 4 auf nicht gewerbmäßig betriebene Stellen- oder Arbeitsnachweise anzuwenden sind, und weitere Bestimmungen über den Umfang der Befugnisse und Verpflichtungen sowie über den Betrieb dieser Nachweise erlassen.

Das Automobil im Dienste des Krankentransports.

Von Th. Wolff-Friedenau.

(Nachdruck verboten.)

Der Krankentransport gehört zu den wichtigsten Gebieten des Transportwesens überhaupt und hat von jeher die besondere Aufmerksamkeit und Sorgfalt der Techniker auf sich gelenkt. Von einer schnellen, sicheren und zuverlässigen Beförderung der Kranken im Frieden und der Verwundeten im Kriege hängt Leben und Gesundheit ab. Grund genug, um alle technischen Neuerungen und Fortschritte auf diesem Spezialgebiet mit größtem Interesse zu verfolgen, wie es denn auch seitens der zivil- wie Militärbehörden, denen der öffentliche Krankentransport untersteht, ebenso auch seitens der privaten Krankentransport-Unternehmungen usw. geschieht. Als den weitaus wichtigsten Fortschritt, den das Krankentransportwesen seit Jahrzehnten zu verzeichnen hat, kann wohl die Einführung des Automobils für die Zwecke des Krankendienstes genannt werden, wie es seit einer Reihe von Jahren erfolgt ist. Bei den Rettungstationen, Sanitätsinstituten und Krankentransportanstalten größerer Städte, besonders auch bei den mit dem öffentlichen Krankentransport verbundenen Feuerwehren der Gemeinden, ebenso aber auch im Seeressdienst ist das Krankenautomobil bereits eine bekannte und geschätzte Einrichtung geworden, die sich auf das allerbestmögliche bewährt hat, wie sämtliche Gebraucher solcher Fahrzeuge — seien es amtliche oder öffentliche Stellen, seien es private oder Wohlfahrtsinstitute — übereinstimmend bezeugen. Gerade in der Funktion des Krankentransports weist das Automobil eine große Zahl ganz entschiedener Vorzüge über das Pferdegespann auf, ein Umstand, der dem Motowagen auf diesem Spezialgebiete mit Sicherheit eine große Zukunft und eine zu erwartende baldige und rasche Zunahme seiner Verwendung für diese Zwecke verleiht.

Für den öffentlichen Krankentransport der Gemeinden hat sich der elektrisch betriebene Motowagen als die zweckmäßigste

§ 13. Mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit Haft werden Leiter oder Angestellte eines nicht gewerbmäßigen Stellen- oder Arbeitsnachweises bestraft, welche den auf Grund des § 12 getroffenen Bestimmungen zuwiderhandeln.

§ 14. Sind innerhalb zweier Jahre wiederholt Leiter oder Angestellte eines nicht gewerbmäßigen Stellen- oder Arbeitsnachweises wegen Übertretung nach § 13 rechtskräftig verurteilt, so können die Landeszentralbehörde oder die von ihr bezeichneten Behörden den Betrieb untersagen. § 7 gilt entsprechend.

§ 15. Wer den Betrieb nach der Untersagung fortsetzt oder ohne Erlaubnis der untersagenden Behörde wieder aufnimmt, wird mit Geldstrafe bis zu 600 Mk. oder mit Haft bestraft.

§ 16. Dieses Gesetz tritt am 1. Oktober 1910 in Kraft. Gleichzeitig treten außer Kraft:

das Gesetz, betreffend die Stellenvermittlung für Schiffleute, vom 2. Juni 1902 (Reichs-Gesetzblatt S. 215);

die auf die Gefindevermieter und Stellenvermittler bezüglichen Vorschriften der §§ 34, 38, 63, 75a, § 148, Ziffer 2, § 149, Ziffer 7a, der Gewerbeordnung.

Das Zöbel der Irrenwärter in Nürnberg.

Im Jahre 1908 unterbreiteten die Irrenwärter des hiesigen städtischen Krankenhauses dem Magistrat eine Eingabe, in welcher neben einer Gehaltsaufbesserung auch das „Recht der Berechnung“ gefordert wurde. Ueber diese letzte Forderung war der Magistrat bis zum 17. Mai d. J. vollständig sprachlos, denn erst am letztgenannten Termin kam das Gesetz zur Verhandlung im Magistrat. Herr Dr. Nebel empfahl die weitere Beibehaltung des Zöbels. Leider hat er vergessen, die Gründe, welche eine Beibehaltung rechtfertigen, der Öffentlichkeit bekannt zu geben.

Welche Gründe können es wohl sein?

In den Kreisirrenanstalten Bayerns, wo ebenfalls ein Zöbel des Personals mit dem unzeitgemäßen Berechnungsverbot be-
achtet ist, wird vorgeschützt, daß durch die Sorgen, welche die Berechnung mit sich bringt, die Berufsfreudigkeit des Pflegers gehemmt werde. Also genau wie beim priesterlichen Zöbel. Der Pfarrer soll sich voll und ganz seinem Beruf widmen. Der Beruf soll sein ein und alles sein. Vater Staat und die Gemeinden wenden diesen Grundsatz auch auf das in den Anstalten beschäftigte Pflegepersonal an. Durch die Anwendung dieses Grundsatzes beim Pflegepersonal konstatieren die Behörden, daß der Pflegeberuf höher, edler Natur ist und an seine Angehörigen Anforderungen stellt, welche den Beruf zu einem besonders schwierigen gestalten. Leider steht das Entlohnungssystem zu diesen Anforder-

und vorteilhafteste Form des Krankentransports erwiesen, während die privaten Krankentransportgesellschaften und ebenso auch die Feuerverwaltung, die beide Krankentransporte oft über sehr weite Strecken auszuführen haben, naturgemäß den Benzin-Krankentransportwagen verwenden, der einen weit größeren Aktionsradius gestattet. Speziell die Gemeinden, die bereits den Automobil-Feuerwehren in ihren Diensten haben, gehen jetzt allgemein auch zur Einführung des automobilen Krankentransports über, da wie bereits gesagt, der öffentliche Krankentransport zumeist mit den Feuerwehren verbunden ist und der automobilen Krankentransport sich daher leicht und praktisch an den Dienst für den Automobil-Förschlag angliedern läßt. In dieser Weise haben bereits die Gemeinden Leipzig, Hannover, Wilmersdorf, Schöneberg, Charlottenburg, Hamburg, neuerdings auch Berlin usw., in denen der automobilen Förschlag bereits Dienste tut, mit der Angliederung automobiler Krankentransporte begonnen. Ueberall, wo solche zur Einführung gelangten, funktionieren sie zur größten Zufriedenheit ihrer Gebraucher.

Der zunächst in Betracht kommende Vorzug des automobilen Krankentransports gegenüber dem Pferdegespann besteht nach den Erfahrungen der Gemeinden vor allem in der sofortigen Bereitschaft und seiner größeren Schnelligkeit. Wie die Verwaltungsstelle für den Krankentransport der Gemeinde Wilmersdorf dem Verfasser mitteilte, schafft das Krankenautomobil nach den dort seit einigen Jahren gemachten Erfahrungen mehr als zwei Pferdegespanne; ein Elektromobil benötigt mehr als doppelt soviel Krankentransporte wie das Pferdegespann. Noch wertvoller aber ist, von rein sanitärem Standpunkt aus betrachtet, der Umstand, daß der Kranke vermittels des Motowagens schneller von der Unglücksstelle nach dem Krankenhaus gelangt und dort die geeignete Behandlung erhält. Kann doch unter Umständen das Leben des Verunglückten von einigen Minuten früherer oder späterer Ankunft in der Klinik des Krankenhauses abhängen, wie es beispielsweise bei eiligen Operationen der Fall ist. Die sofortige Bereitschaft und die größere Geschwindigkeit des Wagens gewährleisten nach den bisher gemachten praktischen Erfahrungen der Gemeinden durchweg eine größere Schnelligkeit der Kran-

berungen in keinem Vergleich. Das trifft auch auf das Pflegepersonal der Irrenabteilung im städtischen Krankenhaus zu. Auch hat das Personal freie Station in der Anstalt. Welchen die Pfleger das Recht der Verehelichung, würde mit dem Auf- und Abgesehen eine Veränderung vor sich gehen müssen. Hierdurch entstehen naturgemäß höhere Ausgaben, und lebhaft diese Befürchtung trägt die Schuld, daß dem Personal dieses selbstverständliche Recht des Menschen verweigert wird. Wir betrachten diese Verweigerung nicht nur als ungeltig, sondern auch als schädigend für den Beruf, dessen Angehörige und auch für die dem Beruf anvertrauten Kranken, ferner ist das Verbot direkt als ungerecht zu bezeichnen.

Es sei gestattet, den Beweis für diese Behauptungen zu erbringen. Ungeltig ist es, weil durch das Verbot dem Personal im 20. Jahrhundert sein persönliches Recht in schlimmster Weise beschuldet wird. Es ist dies ein Rest aus mittelalterlicher Zeit, resp. aus dem Sklaventum.

Eine Schädigung der Berufangehörigen besteht also schon in dieser Rechtsbeschneidung, ferner dadurch, daß durch das vorhandene System die Stellung des Pflegers eine sehr schwankende und unsichere ist. Ein lediger Mensch ist viel leichter abgetan, als ein verheirateter. Nach jahrelanger Dienstzeit winkt ihm als Lohn die Entlassung. Wenn er heiraten will, bleibt ihm ja nichts anderes übrig, als dem Pflegerberuf Balet zu sagen oder aber er bleibt Junggeselle bis an sein Ende. Hieraus ergibt sich nun wiederum die Schädigung des Berufes. Wenn der Berufangehörige im Voraus weiß, daß dieser Beruf seine Lebensstellung bietet, wird er sich gar nicht die Mühe geben, welche erforderlich ist, um in die Reihen des Berufes einzubringen. Junges Personal kann mit dem besten Willen nicht die Erfahrung haben, als jahrelang im Beruf beschäftigte Männer. Erfahrung im Beruf ist aber im Pflegerberuf, wo Gesundheit und Leben des Menschen auf dem Spiele stehen, das wichtigste.

Der Magistrat hat alle Ursache, Sorge zu tragen, daß erfahrenes Personal vorhanden ist, wenn nicht der Ruf des Krankenhauses in Gefahr kommen soll. Erfahrenes Personal ist aber unter dem jetzigen System nicht zu erhalten, denn die jungen Leute werden, weil auch sie sich einmal verehelichen wollen, sich nach anderen Stellungen umsehen. Wenn auch die Verwaltung des Krankenhauses nur Leute einstellt, welche schon in anderen Anstalten in derartiger Stellung waren, so müssen auch diese sich im Betrieb erst einarbeiten. Dann ist doch auch nicht zu vergessen, daß verheiratete Männer durch die Lebensschule, welche sie durchgemacht haben, sich viel mehr zum Pflegerberuf eignen, denn je älter der

Mensch wird, um so ruhiger wird er im Charakter, und Ruhe und Besonnenheit sind zwei unentbehrliche Eigenschaften für den Pflegerberuf.

Wie sehr die Patienten unter einem ständigen Wechsel des Pflegepersonals leiden, kann jeder begreifen, welcher einmal einige Wochen im Krankenhaus gelegen hat und von mehreren Wärtern bedient wurde. Je vertrauter der Pfleger mit den Eigenartigkeiten des Kranken ist, je mehr der Kranke die Behandlung des Pflegers gewöhnt ist, um so leichter erträgt ersterer sein Leiden, um so besseriger Mann die Angehörigen des Patienten sein. Daß dieses für eine Heil- und Pflegeanstalt von außerordentlicher Bedeutung ist, wird kein Mensch bestreiten wollen.

Die Ungerechtigkeit des Verbots greift sich, wie schon erwähnt, in der Beschneidung des menschlichen und gesetzlich gewährten Rechtes und ferner auch darin, daß die Pfleger des Städtischen Krankenhauses, um in einem anderen Beruf als Heilung mit den niedrigsten Löhnen weiter arbeiten zu müssen.

Noch eins sei kurz erwähnt. Das Recht zur Verehelichung würde auch nach anderer Richtung für das Pflegepersonal sehr von Vorteil sein. Wenn der Pfleger verheiratet ist, könnte er die Nacht zuhause verbringen, es sei denn, er habe Nachdienst. Der Aufenthalt in der Anstalt des Nachts, auch während der dienstfreien Zeit, birgt keinerlei Gewähr für Erholung. Die Schlaf- und Aufenthaltsräume für Pfleger befinden sich mitten zwischen den Krankensälen und Zellen. Wenn die Anstalt für ruhige Aufenthaltsräume gesorgt haben würde, müßte sie das Gebäude mit den Aufenthaltsräumen gleichmäßig entfernt von den anderen Gebäuden aufbauen lassen.

Zur Lage des Pflegepersonals in der Heil- und Pflegeanstalt Barmbeim.

Schon von einiger Zeit wurden die Zustände des Pflegepersonals in der Heilanstalt zu Barmbeim im städtischen Krankenhaus von sog.-dem. Abg. Bögel zur Sprache gebracht und einer kritischen Kritik unterzogen. Leider dürfte seitdem wenig zur Besserung der traurigen Verhältnisse getan worden sein. Aus einem und zugegangenen Schreiben eines Wärters entnehmen wir folgende, wenig erfreuliche Einzelheiten, die wohl zur Gewissung sein dürften, daß die Pfleger und Pflegerinnen durchaus nicht um ihre Stellung zu beneiden haben.

Die Arbeitszeit ist, wie auch in anderen Anstalten eine überaus lange: 10-17 Stunden täglich müssen die Leute

lenbestreberung bzw. die erheblich schnellere Unterstunft in die ärztliche Behandlung. Ein weiterer Vorzug des Krankenautomobils besteht in dem ruhigen und sanften Lauf, durch den diese Transportmittel ebenfalls auf eine höhere sanitäre Stufe als das Pferdegespann für diese Zwecke gestellt wird. Speziell das Elektromobil fährt so ruhig und sanft, daß der Kranke oft überhaupt nichts von dem Fahren spürt. Charakteristisch für diese wertvolle Eigenschaft des elektromobilen Krankenwagens ist folgendes kleine Geschichtchen, das dem Grafen v. Westarp, früheren Vizepräsidenten von Schöneberg, mit einem Krankenautomobil dieser Gemeinde passierte. Kurz nach der Anschaffung des Wagens ließ sich Graf Westarp denselben zur Besichtigung vorführen. Selbstverständlich bekam er auch Aufh. eine Fahrt mit dem Wagen zu machen; er nahm zu diesem Zweck mit seinem Begleiter in dem Wehstet Platz. Da es ihm aber sehr lange zu dauern schien, ehe der Wagen abfuhr, wandte er sich an seinen Begleiter mit der Frage: „Ja, warum fahren wir denn noch nicht?“ Der Gefragte lachte und sagte: „Wir fahren schon längst und sind bald am Ziel.“ Der Wagen war also so ruhig und geräuschlos gefahren, daß Graf v. Westarp die Fahrt überhaupt nicht gemerkt hatte, zumal die Fenster Scheiben des Wagens, wie es bei Krankenwagen immer der Fall ist, aus undurchsichtigem Milchkas bestehen, so daß er die Abfahrt des Wagens auch an der Augenwelt nicht wahrnehmen konnte. Allerdings wurde jene Fahrt auf Asphalt- und auf Steinpflaster wäre der charakteristische Irrtum vielleicht nicht passiert. Selbstverständlich ist dieser ruhige und sanfte Lauf für den im Wagen befindlichen Kranken eine wahre Wohltat, besonders für Schwerkranken oder Kranke mit Knochenbrüchen, für die jede, auch die kleinste Erschütterung eine furchtbare Qual bedeutet, und ebenso selbstverständlich ist, daß mit keinem Pferdegespann ein so ruhiger und sanfter Lauf zu erzielen ist.

Was die Kostenfrage anbelangt, so ist es ohne weiteres klar, daß sich der Betrieb des Krankenautomobils gerade wie der des automobilen Wagens entschieden billiger stellen muß als der Pferdebetrieb. Wägen- und Krankenwagen arbeiten nicht wie andere Fuhrwerke fortlaufend und regelmäßig, sondern immer nur

in größeren Zwischenräumen, und auch dann nur während einer verhältnismäßig kurzen Zeit, eben immer nur anlässlich eines Krankheitsfalls bzw. von Unfällen oder Unfällenfällen, die ja, selbst, nicht hintereinander passieren. Während der Zeit, in welcher das Fahrzeug nicht fährt, die die Zeit der Arbeit bedeutend übersteigt, steht es im Krankenwagen, steht, macht der Wagen auch keine Kosten; das Verfahrwerk dagegen erfordert, auch wenn es nicht arbeitet, steht es im Krankenwagen wie bei ständiger und fortlaufender Arbeit, da der Lauf soeben war, auch wenn er tagelang keine einzige Fahrt zu machen hat. Während daher bei den eigentlichen Arbeitsfahrten die Kostenfrage ebenso oft zugunsten des Pferdegespanns wie bei Winterwagen ausfällt, muß sie bei Feuerwehren und Krankenwagen immer und ganz entschieden zugunsten des Automobils ausfallen. Nach dem Verwaltungsbericht der Berliner Feuerwehren sollen sich die Kosten des gefahrenen Automobils bei dem elektrischen Lösungs dabei nur auf 875 Mk., beim Winterwagen aber auf 300 Mk., also auf über ein Drittel höher als bei einem Wägen oder so ungefähr dürfte sich auch beim Krankenwagen betriebs das Kostenverhältnis zwischen Winterwagen und Pferdegespann stellen. Die reinen Betriebskosten für ein Krankenautomobil stellen sich nach den Aufzeichnungen des Krankenverkehrs der Gemeinde Willmerberg auf etwa 500 Mk. pro Jahr, darunter etwa 300 Mk. für Stromverbrauch und 200 Mk. andere Kosten. Hierzu treten allerdings noch die Kosten für zwei Versicherungen, eine gegen Diebstahl, die andere gegen Beschädigung, von je 500 Mk., so daß sich die gesamten Unterhaltungskosten auf etwa 1000 Mk. pro Jahr stellen, ein Betrag, der immer noch hinter den Kosten des Pferdebetriebes, der ja ebenfalls Versicherungen, wenn auch nicht so hohe, braucht, zurückbleibt. Bei dieser Kostensumme leistet aber ein Krankenautomobil zugleich das Doppelte eines Pferdegespanns, wie bereits hervorgehoben. Hinsichtlich der Kosten bzw. der Rentabilität des Krankenautomobils gegenüber dem Pferdegespann gibt es also überhaupt keine Frage.

(Schluß folgt.)

fronden. Demgegenüber ist die Ausgehzeit ziemlich beschränkt. Freien Sonntag gibt es in 3 Wochen einmal, und auch nur von 1—10 Uhr abends. In je 14 Tagen wird ein freier Wochentag von 8—6 Uhr gewährt.

Dieser unmenschlichen Arbeitszeit gegenüber ist der Lohn lange nicht entsprechend. Bei freier Station erhalten die Pfleger Anfangslohn 600, steigend bis 900 M. Pflegerinnen erhalten 240—480 M. Hier tritt mit dem 1. Juli d. J. eine Verbesserung ein: bei dem männlichen Personal um je 100 M., bis 1000 M. Höchsthalt, bei dem weiblichen Personal um 60 M. im ersten Jahr, steigend bis 600 M. Höchsthalt.

Die freie Station erscheint in sehr traurigem Lichte: Die Pfleger sind gezwungen, in den Schlaffälen der Kranken die wenige Ruhe zu verbringen, die ihnen durch die lange Arbeitszeit ohnehin schon sehr verkürzt ist. Daß das Schlafen unter Verirrungen kein Genuß und keine Erholung sein kann, ist außer Zweifel. Bei eintretenden Krankheitsfällen des Pflegepersonals werden diese von den Anstaltsärzten behandelt und in den Krankenzimmern der Geisteskranken interniert.

Die Kost läßt mancherlei zu wünschen übrig. Merkwürdigerweise erhalten Pfleger 3. Klasse, Pflegerinnen 2. Klasse, Schwestern 1. Klasse. Warum diese Ausnahme? Sind denn die Pfleger und Pflegerinnen weniger Mensch als vielleicht Oberpfleger und Schwestern? Ferner ist zu erwähnen, daß manche Wärter das ihnen zugeteilte Brot sowie Butter wiederholt verkauft haben und die von den Kranken übrig gebliebenen Portionen für sich verwandten. Ebenso steht es mit der Semmel zum Morgentaffee. Das sind Zustände, die schon in sanitärer Beziehung zu verwerfen sind.

Die Bekleidung erhält das Personal nicht, was als großer Mangel bezeichnet werden muß. Das Waschen der Wäsche wird von kranken Frauen besorgt. Daß es da öfters vorkommen mag, die Wäsche zerrissen und schmutzig zurück zu erhalten, ist erklärlich.

Klosetts, Waschtänder, Eckschirre usw. werden gemeinsam verwendet. Ein Zustand, der ekelregend ist. Das Straßensystem ist weit ausgebaut, gibt es doch bei geringen Vergehen schon 3—5 M. Strafe.

Schuld an derartigen Missetatungen tragen die Arbeiter selbst. Sie sind sich ihrer Klassenlage nicht bewußt und treten so im Dunkeln dahin. Würden die Verbürger Kollegen und Kolleginnen sich unserer Organisation anschließen, dann dürften in nicht allzu ferner Zeit bessere Zustände herbeigeführt werden. Schlichte Euch deshalb unverzüglich dem Gemeinde- und Staatsarbeiterverband an, um mit den anderen Kollegen gemeinsam gegen jegliche Unterdrückung und Entrechtung zu kämpfen.

In der Sitzung des Landtages kamen auch letzthin diese Missetatungen zur Sprache. Der Referent der Kommission für Angelegenheiten der inneren Verwaltung brachte beim Generalrat der Landarmendirektion, der die Irrenanstalt Permburg sowie die Siechenheilanstalt Dohm unterstellt ist, den Antrag ein, einer Erhöhung der Gehälter der Wärter und Wärterinnen um 100 M. pro Jahr zuzustimmen. Diesem stimmte der Landtag auch zu. Daß hierdurch aber noch keineswegs den Wünschen des Personals voll Rechnung getragen ist, ergibt sich folgendem, bei der Beratung dieser Etatsposition vom Abg. Voigt vorgetragenen Fall:

Einem Wärter G. wurde durch einen Irren hinterrücks ein Schlag auf den Kopf versetzt, infolgedessen er völlig erwerbsunfähig wurde. Durch Gutachten der Universitätsklinik in Halle erhielt der Betroffene für 25 Prozent Erwerbsunfähigkeit eine Rente von 225 M. pro Jahr zugewilligt. Auf Veranlassung der Landarmendirektion fand dann nachträglich eine Untersuchung durch den Kreisarzt statt, der konstatierte, daß Folgen des Unfalls nicht mehr zu verzeichnen seien. Die Landarmendirektion entzog deshalb dem G. die Rente. Der Verletzte hat sich darauf in der königlichen chirurgischen Klinik zu Berlin weiter behandeln lassen und wurde dieserseits ein Schädelbruch festgestellt. Die Ausstellung eines Gutachtens, welches das Zentralarbeitssekretariat zwecks weiterer Verfolgung der Rechte des Verletzten benötigte, wurde deshalb unmöglich, weil die Landarmendirektion die Herausgabe der Akten verweigerte. Dadurch war es der Vertretung des G. bislang unmöglich, einen anderen Entscheid in der Sache herbeizuführen. Eine Petition des G. an den Landtag und die weitere Anfrage des Abg. Voigt zeigten dann erst das Ergebnis, daß sich die Landesdirektion, falls ein Erwerbsunfähigkeit des G. festgestellt werde, der Zahlung einer Rente

nicht entziehen werde, obgleich G. seinem Vertrage nach Anspruch auf Rente nicht habe.

So sieht also die soziale Fürsorge der Landarmendirektion in Anhalt aus. Totschlagen lassen kann sich schon ein Wärter von einem Irren, aber eine Entschädigung steht ihm nicht zu. Es fehlt nur noch die Behauptung, daß solche Vorkommnisse stets durch eigenes Verschulden der Angestellten herbeigeführt werden. Wegen solche Missetatungen hilft natürlich kein Mangel einzelner. Nur das geschlossene Vorgehen aller Angestellten kann diesen vorläufigen Verhältnissen ein Ende bereiten. Deshalb auf zur Tat!

Aus unserer Bewegung.

Berlin. (Anhalt Wuhlgarten.) Mürzlich fand hier eine Versammlung statt, in welcher Hr. Gertrud Hanna referierte. Sie kritisierte u. a. wiederum auch die Lage des Personals im allgemeinen. Sie betonte, daß der Magistrat die vielen Speichellecker nur dazu verwendet, um auf das übrige Personal einen Druck ausüben zu lassen. Kollege Schulz berichtete alsdann über den Stand der Lohnbewegung. Anschließend muß betont werden, daß die Lage des Personals in Wuhlgarten speziell die denkbar schlechteste ist. Dem Personal wird mit allen möglichen Schikanen soviel wie möglich zugefügt, daß dasselbe in den meisten Fällen schon nach kurzer Dauer die Anstalt verläßt. So wird am meisten über Logis- und Kostzwang geklagt; und das mit vollem Recht. Das Personal muß hier nach einer Arbeitsdauer von 14 bzw. 16 Stunden zwischen Patienten schlafen, welche oftmals mehrere Anfälle des Nachts bekommen; dadurch kommt dasselbe um seine wohlverdiente Nachruhe. Nicht genug damit, so kommt es auch vor, daß das Personal von gemeingefährlichen Patienten während der Nacht überfallen wird. Was die Kost anbetrifft, so läßt dieselbe viel zu wünschen übrig. Das Mittagessen ist oft jeder Beschreibung. So sind z. B. Salzstoffsäure und Sauerkohl gar nichts seltenes. Das Aind- und Hammelfleisch, welches dem Personal, mit kleinen Ausnahmen, abwechselnd vorgesetzt wird, ist oftmals so schlecht zubereitet, daß man trotz des Hungers nicht imstande ist, es zu genießen. Es wandert unbeachtet in die Franktonnen. Für das Abendbrot sind uns veraltete Bücklinge, häßliche Eier und schlechte Knoblauchsuppe gar nichts neues mehr. Kommt es einmal vor, daß bessere Waren verabreicht werden sollen, so werden dieselben ungenügend am Gewicht gewahrt. Auf Beschwerde wird dem Personal das fehlende Quantum wohl ersetzt, aber in minderwertiger Ware. Auch ist es schon vorgekommen, daß zum Abend überhaupt nichts zu essen gegeben wurde, da die sogenannte Oberkochen nicht da war. Das Personal kann nach deren Meinung sich mit einer trockenen Stulle und einem Tasse Kaffee zufrieden geben. Kaffee ist übrigens hier in Wuhlgarten ein bevorzugtes Getränk. Wer von dem am Morgen und zum Vesper gelieferten Quantum sich nicht etwas zum Frühstück und zum Abendbrot reserviert, kann dann Wasser trinken. Neben anderen Beschwerden in hygienischer Hinsicht in auch hier zu verzeichnen, daß das Personal sich mit den Patienten in denselben Waschtöpfen reinigen muß. Wenn letztere mit Syphilis oder Syphilis befallen sind, ist das durchaus nichts angenehmes. Sorgen wir darum, daß es besser werde!

Berlin. (Friedrichshain.) Das Personal des Krankenhauses Friedrichshain und Friedrich-Wilhelms-Hospital war am Freitag, den 3. Juni, versammelt, um zu der immer noch schwebenden Lohnfrage Stellung zu nehmen. Die Anwesenden befanden in gleicher Weise ihre Ansicht, wie schon am Montag, den 30. Mai, in einer großen Versammlung die übrigen hiesigen Arbeiter. Unter „Anstaltsangelegenheiten“ wurde berichtet, daß der jetzige Direktor plötzlich eine Kenernung hat eintreten lassen, indem das bis jetzt dem Personal gelieferte Auzug, Sandalen, von Anfang Mai ab wieder entzogen worden ist. Als Äquivalent für die ehemalige Aufbelleidung aus Leder sind dem Personal Holzpanzertücher gestellt worden. Die Verwendung dieser neuen Aufbelleidungsstücke wird jedoch dadurch illusorisch, daß der Direktor überall dort, wo durch das Tragen der Panzertücher lärmende Störungen eintreten, dieses verboten und das Personal hat dessen gehalten sein soll, Privatfutzweg zu tragen. Es ist schwer festzustellen, aus welchen Gründen heraus plötzlich diese Änderung erfolgte, und man konnte bald annehmen, als wenn die Deutung durch die hier in dieser Anstalt auf Grund der neuen Verfügung gemachten Einsparnisse am Anstaltsbudget in Verbindung mit solchen in anderen hiesigen Vertrieben vielleicht dazu dienen sollte, die Gelder für die Lohnregelung, die der Magistrat im April beschloß, einzubringen. Heber Umgangston leiten der Personen in der Anstalt muß der objektive Beurteiler auch zu einem wunderbaren Entschluß kommen, wenn man sich einzelne Vorgänge vor Augen führt. Herr Dr. W., Chemiker im Laboratorium, belästigt es, in seinem persönlichen Verkeh mit den Angestellten sehr oft in nicht gerade schmeichelhafter Weise Bezeichnungen aus dem Tierreich in ziemlich scharfer Weise den Angestellten entgegenzubringen und an Drohungen, daß auch eine hand

schriftliche Beglaubigung in ganz besonderer Form dem Betreffenden gegeben werden könne, fehlt es ebenfalls nichts. Dieser Herr erlaubte sich sogar leiblich, nach einem kurzen Wortwechsel mit einem Laboratoriumsdienster, der irrtümlicherweise eine falsche Mischung eines Präparats vorgenommen, seine Sandgreiflichkeit so weit auszudehnen, daß er dem betreffenden Angestellten eine Flasche mit Säure nachwarf. Dahingestellt sein lassen wollen wir, ob die Verwendung von chemischen Präparaten für das Laboratorium in der hier geschilderten Weise zu erfolgen hat. Jeder menschlichen Umgangform spricht es aber wahrlich Eohn, wenn ein gebildeter Mann durch ein solches Vorgehen das Leben eines Menschen in Gefahr setzt. Es wäre mithin an der Zeit, daß der leitende Direktor sich einmal um diese Zustände kümmert und dem betreffenden Herrn beibringt, welche Umgangformen dem Personal gegenüber einzuhalten sind.

Berlin. Die Versammlung des Anstaltspersonals Am 11. u. 12. h. n. erörterte nach einem Referat des Kollegen Dittmer die neu aufzustellenden Forderungen. In der ausgedehnten und interessanten Diskussion stellte sich heraus, daß nicht einmal die laut Etaat bewilligten geringfügigen Erhöhungen in dieser Anstalt bis jetzt zur Auszahlung gelangt sind. Freilich mit Bewilligungen für solche, die 10 Jahre und länger beschäftigt sind, kann man auch nur auf dem Papier prahlen, denn das Anstaltspersonal wechselt fortgesetzt, so daß diese Stala überhaupt von niemandem erreicht werden dürfte. Ein interessantes Moment wurde durch den Kollegen Michelson in die Debatte geworfen. Er mahnte dringend zum Verbalten am Organisationsgedanken. Er habe früher die Erkenntnis auch nicht so klar gesehen, nachdem er aber in der Agt. Charitee gesehen, um wie vieles trauriger dort die Verhältnisse noch liegen, weil die Organisation daselbst fehlt, müsse er seine zeitweilige Gleichgültigkeit bedauern. Jeder gehöre in die Organisation. Die Kollegen Weeren, Schmidt und Watern erörterten noch einzelne Mißstände, die auf dem Wege der Eingabe beseitigt werden sollen. Die erneut aufzustellenden Forderungen sowie die in der Meier-Protienversammlung angenommene Resolution wurden einstimmig gutgeheißen.

Berlin. (Anstalt Dalldorf.) In der am 2. Juni abgehaltenen Versammlung referierte Kollege Kerner über: „Was ist's mit der versprochenen Vohnerböhung?“ Er kritisierte dabei die Unzulänglichkeit der nunmehr vom Magistrat vorgenommenen Neuregelung der Vöhne, welche für 3000 Arbeiter eine winzige Verbesserung bringt, 12500 Personen aber vollständig leer ausgeben läßt, worunter sich 3000 Angestellte der Kranken- und Irrenhäuser befinden. Zunächst müssen die alten Anträge erneut eingereicht, eine Reform der Arbeiterausschüsse und Schaffung eines Generalarbeitersausschusses gefordert werden. Diesen Vorschlägen stimmte die Versammlung zu. In der darauf folgenden freien Aussprache wurde mitgeteilt, daß die bisher in den Versammlungen und der Presse geübte Kritik über die in der Anstalt herrschenden Verhältnisse wahrer Wunder gewirkt habe. So hat jetzt das Pflegepersonal plötzlich die ihm schon längst zuebenben eigenen Waschbeden erhalten, ferner mit eigene Schlafräume für das Personal eingerichtet worden, so daß, von einigen Ausnahmen abgesehen, die Kollegen und Kolleginnen nicht mehr unter den Patienten schlafen brauchen. Auch sonst scheint man eine gründliche Renovation vornehmen zu wollen. Darunter befindet sich auch das veraltete Vodehaus. Was nun aber für die Irrenanstalt durchzuführen ist, scheint man für die Idiotenanstalt noch lange nicht notwendig zu haben. Denn hier müssen die Pflegerinnen noch weiter bei den Patienten und sogar bei den männlichen schlafen, die sich denn auch gegen die Wärterinnen recht lustig machen. Der tröstliche Appell des Referenten, nicht eher zu rufen, bis der letzte Kollege und die letzte Kollegin unserem Verbands beigetreten ist, um so den größtmöglichen Anhalt für unsere Wünsche und Forderungen zu haben, verfehle auch seine Wirkung nicht, denn eine große Zahl neuer Aufnahmen sind wieder zu verzeichnen.

Berlin. Am 1. Juni versammelte sich das Personal der Heilnätte Beclik, um ein Referat des Kollegen Ehret. Berlin entgegenzunehmen. Referent schilderte in klarer Weise die kulturelle Entwicklung vom Anfangsstadium bis zur Gegenwart. Der ungute Beifall bewies, daß Redner richtig verstanden wurde und allen Anwesenden aus der Seele gesprochen hatte. Das kam auch in der daran sich anschließenden Diskussion zum Ausdruck. Aller Voraussicht nach zu urteilen, dürften auch die Angestellten der Becliker Heilnätte mehr und mehr für den Organisationsgedanken eingenommen sein. Von besonderem Vorteile wäre es jedenfalls, wenn die in verchiedenen anderen Verbänden organisierten sich zum Uebertret begnügen könnten. Die Stofkraft würde, weil einheitlich, viel wirksamer und somit zum Vorteile des Personals selbst sein. Aber der vielfach noch vorhandene Standesdünkel ist uern zu beseitigen, soll ein gedeihliches Zusammenarbeiten ermöglicht werden. Es wird also an dem Personal selbst liegen, einmal zu erkennen, daß man als Ausbeutungsobjekt dient, ganz einerlei, welchem Verus man angehört. Alle ziehen am gleichen Strang und alle müssen sich zusammenfinden, wenn sie auf bessere Ausgestaltung ihrer Vohn- und Arbeitsverhältnisse erfolgreich einwirken wollen.

Fuch. In der öffentlichen Versammlung vom 2. Juni sprach Kollege Deutsche über: „Was ist's mit der versprochenen Vohnerböhung?“ Der Referent unterzog das rüftändige Verhalten der Stadt Berlin einer scharfen Kritik. Die Anwesenden beundeten durch reichen Beifall ihr Einverständnis mit den Ausführungen. Es traten eine Anzahl Kolleginnen und Kollegen der Organisation bei. Wie notwendig es ist, daß sie sich um das Banner des Verbandes scharen, geht auch daraus hervor, daß eine Fülle von Klagen vorgebracht wurde. Für diesmal wollen wir allerdings nur einiges beleuchten und der öffentlichen Kritik unterbreiten. So existiert hier beispielsweise noch immer die halbe Nachtwache, die in anderen Anstalten schon längst abgeschafft ist. Warum erjeht man diese Wache nicht auch bei uns durch eine ganze? Würde das ein paar Pfleger mehr beanspruchen und mithin eine kleine Mehrausgabe im Etat bedeuten? Im Interesse des Dienstes und der in Betracht kommenden Personen wäre es durchaus notwendig, wenn auch hier eine ständige Wache eingeführt würde. Hinzu kommt noch, daß diese Kollegen sogar unter einer allzu schmalen Kost zu leiden haben. Vor allen Dingen geht man mit dem Fleisch recht sparsam um. Man ersieht hieraus, zu was für Uebeln die allzu große Sparwut führt. Für die Kollegen, welche Feuerwache zu verrichten haben, hat man nicht etwa, wie es ebenfalls in anderen Anstalten der Fall ist, einen besonderen Raum zur Verfügung gestellt, nein, diese müssen in dem Tagesraum, in welchem sich die Kranken aufhalten, zubringen. Daß in diesem Räume tagsüber geraucht und vielfach infolge dessen der Raum in hygienischer Beziehung nicht zum Wachraum eignet, das sollte auch einer Irrenanstaltsdirektion klar sein. Ferner bekommt dieses Wachpersonal, mit wenigen Ausnahmen, nicht etwa Betten zur Verfügung gestellt, so wie es von rechtswegen angebracht wäre, sondern es ist gezwungen, auf Matratzen zu liegen. Diese Matratzen werden auf dem Fußboden ausgebreitet. Es frage aber um Gotteswillen keiner, wie diese Matratzen beschaffen sind: Außerst hart und schmutzig, so daß sich ein jeder vor deren Benutzung geradezu eckelt. Aufbewahrt werden die Matratzen nicht in einem dazu geeigneten Raum; nein, sie werden unter den Bettstellen, welche sich auf dem Korridor befinden, untergebracht. Da sich auf dem Korridor Patienten bewegen, so ist es schon mehrmals vorgekommen, daß die Matratzen mit Speichel beschmutzt waren. Das sind doch wahrlich Dinge, die in einer modernen Anstalt nicht für möglich gehalten werden sollten. Und doch beruhen sie auf Tatsachen. In der Anstalt Dersberge ist es beispielsweise geschehen, daß sich die Nachtwache am Tage im Park erholen darf. Wenn man bedenkt, daß diese Wache während der Nacht den unangenehmen Dunst aus den Krankenzellen einatmen muß, so ist das nicht mehr wie recht und billig. Anders bei uns. Hier darf das Nachtwachpersonal die innere Station nicht verlassen. Will es sich in der frischen Luft ergehen, dann kann es nur in dem sich vor dem Pavillon befindlichen Garten in Gemeinschaft mit den Geisteskranken verweilen. Warum diese Beschränkung der Freiheit und der Erholung? Das Personal kann es einfach nicht verleben, daß man ihm den Park vorenthält. Wir gestatten uns deshalb die Frage: Befürchtet die Direktion, daß auch die Pfleger und Pflegerinnen außer dem Urlaub stets interniert und von seiten der Ärzte und sonstigen Vorgesetzten bewacht und unter Kontrolle stehen müssen? Will man das über seine elende Lage empörte Personal am event. Entweichen aus diesem „göttlichen Paradiese“ hindern? Offenlich kann uns die Direktion hierüber näheren Aufschluß geben.

Dresden. (Es lebe die Vereinsmeierei!) Um einem „längst“ gefühlten Bedürfnis abzuhelfen, hat sich hier ein Verein der nächsten Krankenpfleger gebildet. Allem Anschein nach mit hoher obrigkeitlicher Genehmigung und Unterstützung, denn die Vereinsversammlungen dürfen ganz ungehindert im „Pflegerheim“ bekannt gemacht werden. Dieser Verein, dem angeblich trotz der kurzen Zeit seines Bestehens fast sämtliche in den nächsten Krankenanstalten angestellten Pfleger angehören sollen — bei der etwas ins „Gelbe“ gebenden Farbe des Vereins leicht verständlich — ist jetzt mit einer großen Tat in die Öffentlichkeit getreten. Er veranstaltete unter „zahlreicher“ Beteiligung einen patriotischen Vereinsabend mit Damen, um den Geburtstag S. M. zu feiern. Der zweite Vorstehende des Vereins, Pfleger Möhler (Heil- und Pflegeanstalt) hat dabei die Rede gehalten. Wenn das nicht zieht und Herr Möhler nun nicht bald Wahlfabrikpolizeibeamter wird, wonach er schon seit Jahren strebt, dann hilft überhaupt nichts mehr. Neugierig sind wir nur auf die Erfolge, welche dieser Verein in bezug auf Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse des Personals erzielen wird. Oder gehört das überhaupt nicht zu seinen Aufgaben? Nun, auch dem Personal der Dresdener Krankenanstalten werden noch die Augen aufgehen, so daß es erkennt, auf welchem Wege eine Verbesserung der Verhältnisse möglich ist. Durch die Vereinsmeierei aber ändert sich nicht ein Pfifferling an den Zuständen.

Essling. In der Monatsversammlung vom 18. Mai sprach Parteisekretär Kimmertall über die Bauarbeitersperre, deren Ursache und Wirkung. Der Referent hob besonders hervor, daß es Pflicht aller organisierten Kollegen ist, die Bauarbeiter in

ihrem schweren Kampf nach Kräften zu unterstützen. Dieser Anregung wurde sofort Ausdruck verliehen durch den einstimmig gefassten Beschluss, für die Dauer der Aussperrung 50 Pf. Extrabeitrag pro Woche zu erheben. Der Referent erteilte reichen Beifall für die vortrefflichen Ausführungen. Kollege Karmann richtete an die Versammlung die ernste Mahnung, nur die Arbeiterpresse zu abonnieren, hauptsächlich die „Münchener Post“, zum mindesten aber das „Bayerische Wochenblatt“ als Uebergang von den sogenannten farblosen Zeitungen, die im redaktionellen Teil scheinbar für die Arbeiter eintreten, im Inzeratenteil aber alle Streikbrechergehalte aufnehmen. Nach Regelung einiger interner Angelegenheiten wurde die Versammlung nach zweistündiger Dauer geschlossen.

Kaufbeuren. Wie die moderne Organisation bekämpft werden muß, zeigt sich wieder einmal in der schwäbischen Heil- und Pflegenanstalt Kaufbeuren. Einer Oberpflegerin namens Seeger, die allerdings schon ziemlich bejahrt, bleibt es ganz allein überlassen, die Organisation, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, mit Haut und Haaren aufzufressen. Daß dazu alle möglichen Mittel angewendet werden müssen, ist selbstverständlich. Von uns wurde eine Petition, die verschiedene Verbesserungen für das Pflegepersonal verlangt, durch die Direktion an die kgl. Regierung und an den schwäbischen Landrat geleitet. Man möchte meinen, daß mit diesem Vorgehen eine Oberpflegerin mit goldenen Haaren nichts zu tun hätte. Doch Hr. Seeger macht sich außer dem Druck, der den organisierten Pflegerinnen zuteil wird, an, auch hier noch mitzuregen. Hr. Seeger meinte, die jetzige Ausgangszeit sei genug. Nur diejenigen, die beim Verband sind und einen Liebhaber haben, wollen einen längeren Ausgang, damit sie mehr Luft schnappen können. — Ferner erlauben wir uns noch zu fragen: „Ist der Posten, den die Oberpflegerin Seeger auszufüllen hat, ein so überflüssiger, daß sie gleich eine Stunde und noch länger die Pflegerinnen bearbeiten kann, um sie zum Austritt aus dem Verbands zu zwingen?“ Eine Pflegerin mühte in diesen Fällen ohne weiteres das Weite suchen. Wird das Gebaren dieser Oberpflegerin von der Anstaltsleitung gebilligt oder schickt man sich an, Remedur zu schaffen? Der letzte Vorgang in der männlichen Abteilung, in den auch ein Vertrauensmann der Organisation unglücklicherweise verwickelt ist, läßt allerdings auf „höhere“ Weisungen schließen. Vorerst muß aber unter allen Umständen verlangt werden, daß seitens der Direktion dem Hr. Seeger eröffnet wird, aus welchem Grunde es eigentlich auf diesen Posten gesetzt worden ist, damit es derartige Dinge unterläßt.

Verbandsteil.

Den Mitgliedern hierdurch zur Kenntnis, daß die Sprechstunden für unseren Zentralstellennachweis, Berlin W. 57, Winterfeldtstr. Nr. 24, III, auf die Vormittagsstunden von 9—11 Uhr verlegt worden sind.

Arbeiter-Samariterbund.

Werte Bundesgenossen! Mit dieser Nummer erlischt unser Abonnement auf die „Sanitätskarte“. Als wir mit sieben Kolonnen den Bund gründeten, war es ganz selbstverständlich und auch notwendig, ein Bindemittel in Gestalt eines Bundesorgans zu haben. Da man aber noch nicht wissen konnte, wie sich die Dinge entwickeln würden, war die Gründung eines eigenen Organs ein Zukunftsidyll. Infolgedessen waren wir gezwungen, mit einem schon bestehenden Blatt in Verbindung zu treten. Als freiorganisierte Arbeiter, die wir doch wohl alle sind, konnte für uns natürlich nur ein Blatt in Betracht kommen wie die „Sanitätskarte“. Denn die beiderseitigen Interessen stehen in einem gewissen Konflikt, außerdem ist es ein Blatt, welches für die Interessen des in Krankenhäusern und ähnlichen Anstalten beschäftigten Heil- und Pflegepersonals eintritt. Der Vorstand des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes hat uns in dankenswerter Weise unterstützt und uns für unsere notwendigen Veröffentlichungen den Raum der „Sanitätskarte“ zur Verfügung gestellt. Die erfreuliche Entwicklung des Bundes — es sind jetzt 20 Kolonnen — verlangte aber gebieterisch ein eigenes Organ. Der Mod ist uns zu klein geworden, also muß man ihn ausliehen.

Wir glauben im Einverständnis mit den Bundesgenossen zu handeln, wenn wir dem Vorstand des Gemeinde- und Staats-

arbeiterverbandes von dieser Stelle aus für die bewiesene Gastfreundschaft unseren besten Dank aussprechen. Mögen die guten Beziehungen auch in Zukunft weiter erhalten bleiben.

Weiter können wir den Bundesgenossen mitteilen, daß jetzt in Halberstadt, nachdem Herr Dr. Grohn dort einen Samariterkursus abgehalten hat, eine Kolonne gegründet wurde. Es war zuerst eine Kommission gewählt worden, die das Notwendige einzuleiten hatte. Am 24. Mai fand die Gründungsversammlung statt; 17 Personen ließen sich sofort eintragen. Zum Vorsitzenden wurde D. Schwarz, Steindruder, Halberstadt, Bleichstr. 18, gewählt. Die junge Kolonne wird hoffentlich recht eifrig an ihrer Weiterentwicklung arbeiten und auch in der Arbeitererschaft der Stadt Anerkennung finden.

Das letztere hat unsere Kolonne in Halle bei den leitenden Genossen leider noch nicht gefunden. Auf ihren Antrag, der in der Funktionsaufsicht gestellt wurde, der Kolonne eine Unterstützung zu geben, wurde ihnen gesagt, daß sie mehr geschadet wie genützt hätten. Und warum? Weil die bürgerlichen Zeitungen geschrieben haben, daß die Parteileitung gewußt habe, daß es zum Blutbergischen käme, weil sie sich ihre Samariter gleich mitgebracht hätten. Ein anderer hervorragender Genosse meinte, die Kolonne wäre ein Alimbinverein; es wäre nur Vereinskneipelei. Ein anderer sagte, es ist ja solange nichts passiert und wird auch weiter ohne Samariter gehen; die wollen sich nur mit ihrer Armbinde brüsten; mögen sie sich doch von den Radfahrern unterstützen lassen usw. Schließlich meint der Vorsitzende, sie sollten doch nach Berlin gehen als Samariter. Der Antrag wurde mit 16 gegen 11 Stimmen abgelehnt. Nun in manchen Gegenden ist man noch nicht so weit. Da wartet man erst, bis die Polizei selbst die Anwesenheit von Samaritern verlangt, dann werden sie schon kommen. Die ziemlich starke Minorität zeigt, daß die Kolonne immerhin schon Anerkennung gefunden hat.

In der letzten Nummer des „Kolonnenführer“ steht ein spaltenlanger Bericht, wie sich die „Freiwillige“ bei dem Eisenbahnunglück in Rühlheim beteiligt hat, mit vielen Danksagen usw. Die Arbeiter des Karlswerks, unter denen einzelne unserer Kölner Bundesgenossen waren, wurden nur so nebenbei erwähnt. Es wird hoffentlich noch umgekehrt kommen. Ein Genosse wurde von einem Arzt gefragt, was die Armbinde zu bedeuten habe; als er es hörte, ging er mit einem „So —!“ davon.

Unsere Nürnberger sind in letzter Zeit recht rührig gewesen. Bei der Kaiserfeier hatte man vormittags die „Bürgerliche“ bestellt. Nachmittags, wo alles mit Kind und Kegel kam, hatte man sie vergessen. Da waren unsere Genossen auf dem Plan und hatten auch zu tun. Vormittags wurden 5000 Flugblätter verteilt; das wollte der Gewerkschaftsführer Genosse Wohl verbieten, es hat ihm aber nichts genützt. Trotz seiner Prophezeiung fand man nicht ein einziges unter den Tischen liegen. Bei dem großen Sängerfest hatte die Kolonne 3 Tage anstrengenden Dienst. 52 Mann stellten sich zur Verfügung, 110 Unfälle wurden behandelt. Die große Berliner hatte ein Zelt und 20 Taschen gestellt. Unsere Genossen haben dadurch mächtig an Terrain gewonnen. Das Fazit ist: 20 neue Mitglieder. Die „Bürgerliche“ sind ganz aus dem Häuschen und wissen nicht, was sie machen sollen. Einer hat behauptet, daß man einem Erkrankten das Portemonnaie aus der Tasche genommen und ihm nicht wiedergegeben hätte. Er ist daraufhin verklagt worden. Einen eingehenden Bericht bringen wir in Nr. 1 des „Arbeiter-Samariter“.

Mit freiem Samaritergruß

Die Bundesleitung.

Von den Kolonnen.

Elberfeld. Am 12. Juni findet seitens der Kolonnen Elberfeld, Barmen, Köln und Wald in Gaan eine große Geländeübung statt, wozu alle in Frage kommenden Interessenten der umliegenden Orte, wie Arbeiterverbände, Sportvereine usw., freundlich eingeladen sind. Im Interesse der allgemeinen Samaritersache und der in Frage kommenden Kolonnen ist dies von großer Wichtigkeit, zumal es eine agitatorische Aktion der Arbeiter-Samariter Westdeutschlands bedeutet. Die Elberfelder Kolonne versammelt sich um 7 Uhr am Döppersberg, Schwebelhof. Fahrt nach Rohwinkel, Schlusstation, dann Abmarsch Punkt 7½ Uhr unter Begleitung des Tambourkorps der Freien Turnerschaft nach Gaan. Die Kölner Kolonne fährt ab Köln 7½ Uhr, ab Rühlheim 7 Uhr 40 Min. nach Gaan. Anfang der Übung 10 Uhr. Es wird einzeln, in Gruppen und kolonnenweise geübt. Während der Übung bereitet die Maggi-Gesellschaft in entgegengesetzter Weise Bouillon und Fleischsuppe. Aus Anlaß des Parteifestes in Gaan beteiligen sich die Kolonnen nachmittags am Festzuge und an den zu stellenden Wachen. Hoffen wir, daß wir zu dieser ersten gemeinsamen Geländeübung, die von gutem Wetter begünstigt sein muß, einen guten Nachwuchs für unsere Ideen erzielen.